

**Inserate**  
werden angenommen  
in Posen bei der Expeditor  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17.  
Gef. Ad. Hösch, Hofflieferant.  
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Gde.  
Otto Licklich, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:  
F. Hochfeld für den politischen  
Theil, A. Beer für den übrigen  
redaktionellen Theil, in Posen.

Mr. 870

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zweimal.  
Jahresabonnement 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für  
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

# Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Montag, 12. Dezember.

**Inserate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
Lud. Rose, Hasenlein & Posler  
v. J. Panke & So., Paradiesland.

Verantwortlich für den  
Inseratenhthalb:  
J. Klugkist  
in Posen.

1892

**Inserate**, die jedesgepaltene Zeitseite oder deren Raum  
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite  
30 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Deutscher Reichstag.

12. Sitzung vom 10. Dezember, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Verathung der Militärvorlage.

Eingegangen ist eine Interpellation des Abg. Buhl u. Genossen betreffend die Qualität der deutschen Armee gewehre.

Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau: Wir stehen vor der Frage, wie die Heeresorganisation weiter auszubauen ist. Ein Blick auf die Vorlage genügt, um zu sehen, daß in der Vertheilung des Erlasses geschaffen werden muß, was die Voraussetzung für die Feststellung der Friedensstärke ist. Der Rahmen des bestehenden Heeres ist zu klein, es selbst entspricht nicht der Größe der Bevölkerungsziffer. Wir haben den Vorsprung verloren, den wir vor anderen Staaten gehabt haben. Eine Verlängerung der Dienstpflicht, um den Vorsprung einzuholen, erschien ausgeschlossen. Es blieb nur übrig, mehr Leute auszubilden und Neuorganisationen als Stämme für den Krieg zu schaffen. Die Heeresverwaltung ist geleitet von dem oben gelenktelneten Zweck. Es ließ sich das dritte Dienstjahr nicht beibehalten. Die Ausbildung war ungleichmäßig geworden, deshalb wollten wir diese Gleichmäßigkeit herstellen. Es handelt sich aber nicht um einen Versuch mit der zweijährigen Dienstzeit, sie soll dauernd werden. Deutschland muß in seiner Totalität zum Kampf aufgebaut werden können. Da aber die Jugend im Kampf vorangehen muß, ist für die rechtzeitige Heranziehung derselben gesorgt, so daß die Landwehr wieder ihrem ursprünglichen Zweck gewidmet werden kann. Die Vermehrung der Kavallerie ist in den engsten Grenzen gehalten. Größere Ausgaben erfordert die Feldartillerie. Auch hier ist die zweijährige Dienstzeit in Aussicht genommen worden. In der Kommission wird der Nachweis geführt werden, daß durch die Neuorganisation das Gefüge der Armee nicht zerstört wird. (Vereinzeltes Bravo rechts.)

Abg. Frhr. v. Huene (Bentr.): Der Kriegsminister sagt, bei keiner der früheren Vorlagen habe ein so günstiges Verhältnis zwischen den Kosten und dem Erfolge für die Armee bestanden wie bei dieser. Es gibt aber gewisse absolute Zahlen für die Kosten, welche doch immerhin auch bei dieser Vorlage so groß sein können, daß man vom wirtschaftlichen Standpunkte der Nation Bedenken tragen kann, so weit zu gehen. Wir im Reichstage haben nicht blos wie der Kriegsminister militärische Aufgaben, sondern wir haben auch die Pflicht, die wirtschaftliche Lage ins Auge zu fassen. (Sehr wahr!) Was den Entwurf über die Erstaufvertheilung anbetrifft, so halte ich persönlich die Grundzüge derselben für zutreffend. Ich kann mich aber der Befürchtung nicht erwehren, daß damit das platté Land in noch stärkerer Weise herangezogen wird als bisher, da der Prozentsatz der wehrfähigen Leute auf dem Lande stärker ist als anderswo, und dadurch die Schwierigkeiten in Bezug auf die ländlichen Verhältnisse noch mehr als bis jetzt hervortreten. Ueber die Militärvorlage haben sich meine Freunde nunmehr geäußert. Als Ergebnis unserer Besprechungen kann ich erklären, daß meine politischen Freunde darin vollständig einig sind, daß die Vorlage, wie sie uns hier übergeben ist, ihrem vollen Umfange nach, unannehmbar ist, (hört, hört!) und daß wir in Konsequenz dieser Stellungnahme uns verpflichtet glauben, alles Dass zu bewilligen, was zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der jetzigen Präsenzstärke nothwendig ist. Wenn ich nun von den Einzelheiten der Vorlage spreche, so glaube ich mich mit der Mehrheit meiner Freunde in Übereinstimmung zu befinden, ich kann nicht sagen mit allen, weil die Einzelheiten noch nicht in den Praktionslösungen zur Verathung gestanden haben. Die Windthorst'schen Resolutionen sind vor 2 Jahren wie eine Art Programm im Hause vorgeschlagen und angenommen worden. Der Reichskanzler betont den Unterschied des heutigen Planes gegen den vor zwei Jahren aufgestellten. Der frühere Plan kostete 177 Millionen, der jetzige blos 64 bzw. 58 Millionen, der frühere forderte 110 Batterien, der jetzige nur 60, der frühere 76 Schwadronen der heutige nur 12, damals wurde die dreijährige Dienstzeit befürwortet, heute die zweijährige. Das ist ja wohl ein Entgegenkommen, aber bedenkt wir, die Präsenzstärke um 83 000 Mann erhöhen, heißt 83 000 Mann in dem militärischen Alter ihrem bürgerlichen Berufe mehr entziehen, als bis jetzt der Fall war, 83 000 hervorragende arbeitskräftige Arme ihrem Beruf entziehen und in die Armee einstellen. (Sehr richtig! Lints.) Der Reichskanzler meint, wir befinden uns in einer Lage gedrückter geschäftlicher Verhältnisse. Es gab sich aber der sicheren Hoffnung hin, daß sie besser werden würden. Möge der Reichskanzler mit dieser Hoffnung Recht behalten! Die Begründung der Vorlage ist ein Muster der Kenntlichkeit, und enthält außer einer allgemeinen Stütze blos Mittheilungen, bei denen der Blaustrich immerfort Fragezeichen machen muß. Es wird also in der Kommission noch manches auszufüllen sein. Es wird uns die zweijährige Dienstzeit versprochen. Ich werde in der Kommission einen Antrag stellen, in § 2 der Vorlage es auszusprechen, daß für die Dauer der Bewilligung der in § 1 zu verabredenden Präsenz — die Zahl steht ja noch nicht fest — die zweijährige Dienstzeit gelegentlich garantiert wird. Es soll eine Vermehrung der Etatsstärke der Bataillone erfolgen; diese Forderung kann man eher als jede zurückstellen, denn die Kraft der Bataillone würde dadurch nicht in Frage gestellt. Die vierten Bataillone haben eine Beurteilung her vorgerufen, daß früher dieselben sich einmal zu Regimentern herausgewachsen haben: im Publizum meint man, es könne wieder so kommen. Man sollte daher nicht den Ausdruck „vierte Bataillon“ gebrauchen, sondern nur „Ex-Abteilungen“. Denn mit dem Namen „Bataillon“ wird ein geschäftstüchtiger Körper gemeint. Oder hat man diesen Ausdruck vielleicht gewählt, um den bekannten dreizehn Hauptmann nicht blos in die Stellung, sondern auch in das Gehalt eines Majors zu bringen? In der Kommission werden wir darüber Auskunft verlangen müssen. Was die Änderungen in der Kavallerie betrifft, so bin ich zweifelhaft, ob die Erfahrungen in Österreich animirend

wirken können, sie in Preußen nachzumachen. Dann werden ja auch die Artillerie bedacht, die Bioniere, der Train u. s. w. Die Armeeverwaltung hat eben die Gewohnheit, mit vollgepacktem Koffer auszurücken. In der Kommission müssen wir den Koffer auspacken und nachsehen, was darin überflüssig ist. Diejährige Dienstzeit ist ein Lieblingsgedanke in allen Schichten der Bevölkerung. Ich persönlich bin nur dafür, wenn die Garantie für eine gründliche Ausbildung gegeben ist. Das vorgeschlagene Quinquennat bedeutet insofern ein Entgegenkommen, als künftig jeder Reichstag wenigstens einmal in die Lage kommt, die Vorlage zu prüfen. Wir haben aber den Wunsch ausgesprochen, alle Militärförderer zu erringen und jährlich festzuhalten. Auf diesem Standpunkt stehen wir auch heute noch. Von diesem Grundsatz sollen wir ohne zwingende Gründe nicht abgehen. Nun kommt hinzu, daß wir mit dem Septennat ganz eigenartige Erfahrungen gemacht haben. (Heiterkeit!) Auch wir haben den Wunsch, uns mit den verbündeten Regierungen zu verständigen, und wir glauben, daß wir uns verständigen können und verständigen sollen. (Beifall im Bentrum.)

Abg. Richter (dfr.) spricht seine Genugthuung und Freude darüber aus, daß die Erklärungen des Frhrn. v. Huene über den Standpunkt der Zentrumspartei sich in der Hauptthese dem Standpunkt der freisinnigen Partei nähern. Der Umstand, daß er seine Erklärung Namens seiner gesammelten Freunde abgegeben hat, eröffnet uns die Aussicht, daß die Mehrheit des Hauses auf einen Standpunkt gelangen wird, der sich demjenigen meiner politischen Freunde erheblich nähert, vielleicht sich vollständig mit demselben deckt. In Bezug auf Einzelheiten, in denen ich abweiche, kann ich von einem so weiten Entgegenkommen in der Richtung der Windthorst'schen Resolutionen in der Vorlage nichts erblicken. Frhr. v. Huene hat das zweite Gesetz, betreffend die Vertheilung des Erstaufbedarfes, nur gestreift. Dieses Gesetz steht meines Erachtens nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dieser Vorlage. Eine gerechte Vertheilung des Erstaufbedarfes ist unter allen Umständen richtig, mag man nun das Aushebungslottingen größer oder geringer formuliren. Was den Inhalt dieser Vorlage betrifft, so siehe ich — wir haben in der Partei noch nicht darüber verhandelt — dem Grundgedanken sympathisch gegenüber. Ich halte aber den Ausschluß der Einjährig-Freiwilligen bei der Berechnung des Ergänzungslottingents für ungerechtfertigt. Was nun den eigentlichen Kernpunkt meiner Ausführungen über die Militärvorlage betrifft, so hatte ich bereits bei der Etatsberatung Gelegenheit, mich über die allgemeinen, sowie über die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu äußern. Daher kann ich mich heute umso mehr auf den Inhalt der Militärvorlage konzentrieren. Vorher jedoch möchte ich eine kleine vereinfachte Rechnung mit dem Reichskanzler begleichen. Er hat bei der Etatsberatung aus Anlaß meiner Bemerkung über die Zahl der Reservebataillone die Aufhebung gemacht, man könnte ein gutes politisches ABC-Buch schreiben und doch in militärischen Dingen unbewandert sein; Sache der Fachmänner wäre es, das zu bekämpfen. Um was handelt es sich? Ich habe den Nachweis verlucht, daß seit 1870/71 auch ohne diese Vorlage eine erhebliche Verjüngung im Heere für den Kriegsfall eingetreten sei. Ich habe ausgeführt, daß damals den drei Linienbataillonen unmittelbar in der Aufstellung die beiden Landwehrbataillone folgten, während jetzt dazwischen steht ein vierter Bataillon und zwei Reservebataillone, Formationen für den Kriegsfall, die man damals noch nicht gekannt habe. Soweit konnte der Reichskanzler mich nicht berichtigten; denn diese Thatstache hatte er selbst angeführt. Nun hatte ich gesagt, daß die vier Bataillone und die zwei Reservebataillone gemischt seien aus Reservisten und Landwehrmännern. Der Reichskanzler erwiederte, das fände nur bei der Garde statt, während sonst nicht jedes Bataillon gemischt sei aus Reservisten und Landwehrmännern, sondern das vierte nur aus Reservisten bestände und die beiden Reservebataillone nur aus Landwehr. Diese Verichtigung hatte für das, worauf es in dieser Diskussion ankam, nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung. Der Reichskanzler sagte, da wir nun gegenwärtig 43 Felddivisionen der Linie gegen 30 im Jahre 1870 haben, und da jede dieser 43 Divisionen durch Hinzufügung der vierten Bataillon um ein Drittel stärker ist, als die Felddivisionen, so folgt daraus, daß das vierte Bataillon im künftigen Kriege den drei Linienbataillonen und den Regimentern sich anschließt. Daraus folgt, daß künftig die Felddivision der Linie 1870 12 Bataillone führen wird. Da unsere jetzigen 43 gleichwertig sind 57 Divisionen von der Stärke 1870/71, da also in dieser Beziehung 57 Divisionen 30 Divisionen damals gegenüberstehen, und da es also ohne in Anspruchnahme der Landwehr möglich ist, mit einer nahezu doppelten Stärke die Infanterie in den Felddivisionen vorzubringen — daraus folgt, daß ich ohne die Vorlage die Landwehr erheblich im Verhältnis von 70/71 zurückgestellt ist, und darauf kam es an. Der Abg. v. Frege hat im Anschluß an diese Diskussion gegen mich den Vorwurf erhoben, ich hätte in der Offenheitlichkeit Gebrauch gemacht von thatssächlichen Mittheilungen, die mir unter Verpflichtung der Diskretion mitgetheilt seien. Ich habe diesen Vorwurf in der Rede des Herrn von Frege bei der sprudelnden Art seiner Veredamkeit (Heiterkeit) überhört, ich habe ihn erst später im stenographischen Bericht wahrgenommen und weise denselben mit Entschiedenheit zurück als durchaus unberechtigt. Es ist uns niemals etwas unter Diskretion mitgetheilt worden über diese vierten Bataillone und über die Bataillone der Reserve-Divisionen. Was von mir angeführt worden ist, hatte der Reichskanzler selbst bei der ersten Rede hier angeführt. Meine Angaben waren nur eine Wiederholung dessen, was der Reichskanzler vorher gesagt hatte. (Sehr richtig! Lints.) Was die Frage im Allgemeinen betrifft, so weiß ich mich in Anbetracht des Umstandes, daß ich in militärischen Dingen Vater bin, zu bescheiden. Was bringe ich in diesen Fragen meinerseits Belohnendes vor? Ich gebe mich einfach gegenüber den thatssächlichen Mittheilungen der Regierung nicht gefangen; ich versuche es, solche thatssächliche Mittheilungen zu vergleichen mit den thatssächlichen Mittheilungen, welche dieselbe Regierung bei früheren Vorlagen oder bei anderer Gelegenheit gemacht hat. Es kann ja sein, daß mir bei diesem Vergleich ab und zu ein Irrthum passiert. Ich habe aber im Verlauf der 21 Jahre, wo ich mich mit diesen Fragen

beschäftigte, auch sehr oft gefunden, daß mir der Beweis gelungen ist, daß die thatssächlichen Mittheilungen der Regierung einseitig, nicht vollständig, künstlich gruppiert waren, daß sie deshalb einer Korrektur bedurften. Worauf kommt es hier überhaupt an? Daz mehr Soldaten besser sind, als weniger Bataillone, das glauben wir unter allen Umständen. Worauf es ankommt, ist, ob das Bataillon sicherer ist, als weniger Bataillone, das glauben wir unter allen Umständen. Worauf es ankommt, ist, ob das Mehr an Soldaten sich verträgt mit den bürgerlichen und wirtschaftlichen Rücksichten gegenüber dem Lande. Der Reichskanzler hat aber mit seiner Berufung auf militärische Autoritäten uns gegenüber nicht glücklich gehandelt. Es ist öffentliche Gewissheit, daß ein großer Theil gerade der militärischen Autoritäten diese Vorlage nicht anerkennt als eine große Verstärkung vom militärischen Standpunkt und daß hier große Meinungsverschiedenheiten gerade unter Fachmännern vorhanden sind, nicht blos in Bezug auf die Frage des Dienstes, sondern auch in Bezug auf die Frage des Werthes der neuen Formation, besonders der vierten Bataillone und auch in Bezug auf das Ausbildungspersonal. Der Reichskanzler ist ja eine große militärische Autorität für uns; aber ist denn der Reichskanzler auch Fachmann in allen übrigen Dingen, in denen sein großes Werk die Abgabe von Urtheilen und Meinungen von ihm verlangt? Ich behaupte, daß er in zwei Dritteln dieses Werks, als er vor zwei Jahren sein Amt antrat, nicht mehr Fachmann war, als wir von militärischen Dingen verstehen. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler ist so hoch gebildet, daß er sicherlich auf dem Standpunkt steht, daß es genügt, wenn man preußischer General ist, daß man deshalb dann von vorherher ein sachgemäßes Urtheil über die Fragen des Staates hat. Wenn er auf diesem Standpunkt nicht steht, dann muß er auch zugeben, daß wir als Leute uns eingemaßen im Laufe der Zeit in ein Verständnis militärischer Dinge hineinführen können. Wollte man daran zweifeln, dann wäre es überhaupt falsch, Militärvorlagen vor dem Reichstag zu bringen (Zustimmung); dann wäre es das Richtige, wenn die Militärs selbständig und allein darüber entschieden und dann allein auch die Verantwortung für die daraus folgenden Steuerlasten übernehmen. (Sehr gut!) Dann war es auch nicht sehr geschickt, nach dem Inhalte dieser Vorlage gerade die Fachmänner auszupeilen gegenüber dem Volksstande; denn dann ist die Erkenntnis, daß die zweijährige Dienstzeit jetzt militärisch zulässig ist, ein Triumph des Volksstandes über die militärischen Autoritäten. (Lebhafter Beifall links.) Es ist ja noch nicht so lange her, da mußten wir von dem General Staff hören, man solle doch zurücktreden sein, wenn den Leuten Gelegenheit gegeben werde, noch ein drittes Jahr sich der Miserie des bürgerlichen Lebens (Heiterkeit) zu entziehen und in den Ferienkolonien der Kaiserl. Dasein zuzubringen, so viel Fleisch zu essen, daß sie mästen, so viel Kommissbrot zu essen, daß sie plakten (Heiterkeit links), und heute führt der Reichskanzler so bereit aus, welchen Werth es hat, wenn der Mann schon nach zwei Jahren zu der Misere des bürgerlichen Lebens zurückkehrt und nicht ein drittes Jahr in der Ferienkolonie der Kaiserl. zurückbleibt. Der Reichskanzler hat aber geglaubt, die freisinnige Partei und die Fortschrittspartei in der früheren Zeit angreifen zu können. Der Reichskanzler mußte doch wissen, daß eine große Anzahl der negativen Stimmen, die er uns zum Vorwurf machte, in der früheren Zeit bestimmt war durch unsere Stellung zur zweijährigen Dienstzeit. Der Reichskanzler ist sogar zurückgegangen auf die Haltung der Fortschrittspartei von 1866. Im parlamentarischen Rat sind aus dieser Zeit von der Fortschrittspartei nur noch zwei Mitglieder da. Ich übernehme es aber, die Fortschrittspartei gegen den Reichskanzler in jeder Beziehung zu vertreten, trotzdem ich damals noch nicht Abgeordneter war. Die Haltung der Fortschrittspartei von damals war in jeder Beziehung richtig. Der Kriegsminister hat in der Begründung zur Militärvorlage den Kriegsminister v. Roos angeführt, der 1862 die zweijährige Dienstzeit gegen Kompensationen für zulässig erklärte. Er hätte noch einen Schritt weiter gehen sollen und wir wußten, daß angesichts dieser Erklärung des Ministers das Abgeordnetenhaus seine Sitzung sofort vertagte, weil es in der Erklärung eine Brücke erblickte, auf der man zur Verständigung gelangen konnte, und ebenso hat es die Regierung aufgesetzt. Der Ausgleich ist damals nur gescheitert an dem entschiedenen Widerstreben des Monarchen selbst. (Hört, hört, rechts.) Thatsächlich ist auch erwiesen, daß die Truppen, die damals zum Siege geführt wurden, nur wenig über zwei Jahre durchschnittlich gedient haben. Der Reichskanzler hat auch zwei Bitate von fortschrittlichen Abgeordneten vorgebracht, die an sich richtig sind; aber er hat sie nur in einem Zusammenhange vorgetragen, welcher ihnen eine ganz andere Bedeutung gab. Die Herren haben damals nichts Anderes gefragt, als: Wenn ein Krieg ausbricht, haben wir nicht danach zu fragen, ob die Politik, die zum Kriege geführt hat, richtig gewesen ist, dann haben wir nicht mehr zu streiten über die beste Organisation im Frieden, sondern dann sind wir bereit, alles für die weitere Kriegsführung bis zu einem glücklichen Erfolge zu bewilligen, was nothwendig ist. Diese Sätze haben absolut nichts anderes enthalten, als diejenigen der Zentralleitung der Fortschrittspartei vom 20. Juni 1866: Dab, nachdem nun einmal der Krieg entstanden sei, man nicht rückwärts fragen solle nach der Charakteristik der Politik und der Streitigkeit der Heeresverfassung, und daß der Krieg geführt werden müsse in der Richtung, daß daraus die deutsche Einheit entstehe. Es kann ja bei dem militärischen Vorleben des Reichskanzlers Niemand von ihm verlangen, daß er über diese parlamentarischen Vorgänge so genau informiert ist, wie wir. Ich finde es auch richtig, daß ein Mann in jener Stellung sich vielerlei zu verteidigen hat, sich von Hilfsarbeitern das thatssächliche Material zusammentragen läßt, aber ich möchte doch bitten, hieraus zu entnehmen, seinen Hilfsarbeitern zu empfehlen, künftig in der Zusammensetzung dieser Notizen weniger tendenziös zu verfahren, und dadurch dem Reichskanzler selber nicht Blößen zu geben in seinen Bitaten, die auch uns unerwünscht sein müssen. (Bravo links.) Nun hat der Reichskanzler geglaubt, daß wir nach unserer früheren Bestrebungen diese Vorlage annehmen müßten, und auf der anderen Seite hat er uns dieselben Bestrebungen zum Vorwurf gemacht. Aber auch die Konservativen sollten in Konsequenz ihrer früheren militärischen Haltung dieser Vorlage geneigt sein. Wir woll-

ten sie die zweijährige Dienstzeit, die rechte Seite die dreijährige. In Übereinstimmung sind wir aber darin mit jener Seite, daß wir eine volle Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht, wie sie hier vorgebracht ist, niemals gewollt haben. Wie lautet denn das Programm der Fortschrittspartei von 1878? Ich habe den betreffenden Passus selbst redigirt: "Die Entwicklung der vollen Wehrkraft des Volkes unter Schonung der wirtschaftlichen Interessen." Ja, Entwicklung der vollen Wehrkraft ist dies, aber nicht unter Schonung der wirtschaftlichen Interessen, sondern unter Preisgebung derselben. (Sehr gut, links.) — Weiter heißt es in jenem Programm: "Daher Verminderung und gleichmäßige Vertheilung der Militärlast." — Gleichmäßige Vertheilung ist dies allerdings, aber nicht Verminderung sondern eine bedeutende Verstärkung der Militärlast. Und weiter heißt es in dem Programm: "durch Verstärkung der Militärdienstzeit volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht." Hier handelt es sich um die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Damals sprachen wir nicht von zweijähriger Dienstzeit, weil wir die Meinung waren, daß man unter gewissen Verhältnissen und für gewisse Zwecke auch mit einer kürzeren Dienstzeit zur allgemeinen Verpflichtung gelangen könne. Das hat auch sofort 1880 die Thatache bestätigt, daß man für die Ausbildung der Erstreserve eine im Ganzen fünfmonatliche Dienstzeit für ausreichend erachtete. Das Institut der Einjährig-Freiwilligen kann auch eine Ausdehnung erlangen auf solche Kategorien, die nicht gerade zwei fremde Sprachen gelernt haben und bis zur Reife der Sekunda gelangt sind. Vor kurzem erschien eine Broschüre des Generals Wille, der die Ansicht ausspricht, daß die dreijährige Dienstzeit bei der Kavallerie und reitenden Artillerie nicht mehr gerechtfertigt sei, als bei der Infanterie. Ein Auspruch des verstorbenen Königs als Prinz von Preußen ist vom Frhrn. v. Huene heute angezogen worden. Es heißt darin, daß man den Ausdruck von der Ausbildung aller Waffensfähigen höre, aber die Konsequenzen bedenke Niemand, welche enorm und dem Lande geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen, wenn alle Waffensfähige eingestellt würden. Dieser Ausdruck "unerschwingliche Kosten" ist in die erste Windthorfsche Resolution übergenommen. In dem Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes war ein Aternet vorgesehen von einem Prozent der Bevölkerung auf Grund der Volkszählung von 1867; von zehn zu zehn Jahren sollte man neue Bestimmungen treffen können unter Berücksichtigung der staatshabenden Volksvermeidung. Dieses eine Prozent ist bis jetzt die Grundlage für alle Festlegungen über die Friedenspräsenzstärke gewesen. Bis 1880 war für das eine Prozent die Volkszählung von 1867 maßgebend, und erst 1887 wurde die Volkszählung von 1885 zu Grunde gelegt. Jetzt wird ein anderes Prinzip geltend gemacht: man beabsichtigt eine Verstärkung der Aushebung, welche erheblich über die französische Aushebung hinausreicht, obgleich man weiß, daß Frankreich in dieser letzten Aushebungsziffer die Grenzen seiner Wehrkraft erreicht hat. Die Zahl der vorgeschlagenen Batterien und der Infanteriebataillone reicht weit über die Zahl der französischen hinaus. Ja, zum ersten Male macht man den Versuch einer Gleichstellung mit Russland, trotzdem dieses die doppelte Bevölkerung hat wie Deutschland. Der Reichskanzler sagt auch, er habe dieselbe Überzeugung wie Verd' über die Notwendigkeit und Unauflösbarkeit der Ausbildung aller Wehrfähigen, und er habe nur durch den Verlauf der Session die Ansicht erhalten, daß das nicht durchzuführen sei mit diesem Reichstage. Es ist ein Militär-Idealismus, der sich hier Geltung verschafft zu Lande, wie er schon 1888 zu Wasser verlautbart wurde; denn die jetzigen Anschauungen über die Verstärkung der Heeresmacht erinnern an das, was Admiral Hollmann uns vor Kurzem über die notwendige Verstärkung der Flotte gesagt hat. Der letzte Grund für den Umschwung der Anschauungen wird vielleicht erst später aus Memoiren hervorgehen (sehr gut!). Vollständig unerträglich ist mir die Sache bis jetzt. Der Reichskanzler sagt, jetzt sei ein Zustand vorhanden, welcher bewirkt, daß gegen 100 000 Leute jährlich zu Hause bleiben. Wenn nun diese 60 000 Mann Rekruten ins Heer eingestellt sein werden, so wird der Reichskanzler auch noch sagen können, 40 000 Mann bleiben auch jetzt zu Hause ganz unberechtigt. Das ist ein unerträglicher Zustand. Wenn man also dann auch diese 40 000 Mann noch einstellt, dann käme man bei zweijähriger Dienstzeit zu einer weiteren Verstärkung des Heeres von 80 000 Mann. Der Kriegsminister betonte, wie sparsam man in der Forderung neuer Kommandostellen jetzt sei; ich kann das anerkennen, aber es trostet mich nicht. (Herrlichkeit.) Diese Ausführungen haben wir schon früher gehört. Und, nachdem 1887 neue Kadres bewilligt waren, zog man sie 1889 auch zu neuen Armeeförderungen mit neuen Stäben zusammen. Nun die Frage des Ausbildungspersonals. Mir wäre es ja recht, wenn der Reichskanzler sich mit einem geringeren Ausbildungspersonal begnügte. Aber was mich bedenklich macht, ist, daß, wenn wir einmal das Personal bewilligt haben, man gerade bei demselben im Rahmen der jetzigen Vorlage zu höheren Forderungen kommen muß. Jetzt hat der Reichskanzler keine Veranlassung, noch mehr neue Offiziere und Unteroffiziere anzusehen, sie würden ja doch nur auf dem Papier stehen. Was soll aber auch künftig mit dem vermehrten Ausbildungspersonal in der Zivilverfolgung werden? Was mit den verabschiedeten, im Avancement übergangenen Offizieren? Wird der Pensionsfonds reichen? Wie steht es ferner mit der Kostenrechnung der neuen Truppen? Sie wird 200 Millionen kosten und wo will man das Geld dafür hernehmen? Die Freude einer Rekrutentumme, die ihren Sohn jetzt 10 Monate früher wiedererhält, mag groß sein. Ob sich aber eine solche Mutter freuen wird, wenn ihr blöher Dienstfreier Sohn dienen muß, erscheint doch recht fraglich. (Zustimmung.) Einer persönlichen Entlastung von 525 000 Monaten für die Wehrfähigen, steht eine Mehrbelastung von 1575 000 Monaten für bisher Dienstfreie gegenüber. In Folge davon wird ein Mangel an Arbeitskräften eintreten und der ländliche Arbeiter wird das städtische Leben lieb gewonnen und dort seine Arbeit suchen. Man soll sich auch nicht von der Wirkung der Verjüngung zu viel versprechen. Von den 60 000 Rekruten kommen nur 42 000 in Betracht, da 18 000 davon als Erstreserve abgehen. Wenn aber die Russen auch weitergehen mit der Verstärkung ihrer Formation, müssen wir ihnen dann weiter nachfolgen? Wir sind einverstanden mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit im Rahmen der Friedenspräsenzstärke. Hier handelt es sich aber nur um ein Internat; das geht klar hervor aus der Rede des Herrn v. Kardorff, der die zweijährige Dienstzeit als ein Experiment bezeichnet. Der Herr Kriegsminister hat dem zwar widersprochen, aber er kann nicht dafür gut sagen, daß irgend einer seiner Nachfolger sich zur Ansicht des Herrn v. Kardorff bekennt. Was die Neuformierung betrifft, namentlich die neuen Bataillone, so stehe ich auf dem Standpunkt des Freiherrn v. Huene. Wir halten ferner an der einjährigen Bewilligung fest. Die Frage der Durchschnittsstärke ist eine technische. Sie läuft im Grunde darauf hinaus, daß 20 000 Mann jährlich mehr verlangt werden. Diese wollen wir nicht bewilligen, wohl aber die Kosten zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit im Rahmen der Friedenspräsenzstärke. (Lebhafte Beifall links.)

Reichskanzler Graf von Caprivi: Ich habe nicht das Bedürfnis, dem Herrn Vorredner persönlich zu antworten, da sein Ton heute mehr freisinnig als fortschrittlich war. Ich erkenne an, daß der Abg. Richter Militaria mit grossem Fleiß studirt und daß er es als Militärstatistiker sehr gebracht hat, doch ist er mit dem innersten Wesen einer Truppe nicht vertraut. Er hat uns auf die uns widersprechenden Fachmänner hingewiesen, aber nur wenige Offiziere sind in der Lage, die Dinge in ihrer Gesamtheit zu

übersehen. Wenn ich nun selber aus der Armee hervorgegangen bin, kann man mir nicht verübeln, wenn ich etwas von diesen Dingen zu verstehen glaube, und ich werde die ganze Last der Verantwortlichkeit für die Vorlage auf mich nehmen. Herr Richter hat die zweijährige Dienstzeit als einen Triumph des Vaterlandes hingestellt. Es ist sehr leicht, diese fordern, aber das Verdienst, sie durchzuführen, muß ich den Fachmännern vindizieren. Bei einer Mobilisierung würden jetzt zunächst über eine Million hinter dem Oden sitzen bleiben. Diese wollen wir nutzbar machen. Wir wollen nun innerhalb zwölf Jahren so weit kommen, daß wir 450 000 junge Leute mehr vor den Feind bringen und 450 000 alte Leute zu Hause lassen können. Die Rekrutentumme wird, wenn sie reklamirt, nicht schlechter stehen, als früher.

Abg. Frhr. v. Mantuus (toni.): Meine Partei hat die schwersten wirtschaftlichen Bedenken gegen die Vorlage und muß sich ihre Stellungnahme vorbehalten, bis ihr der Beweis der Dringlichkeit erbracht ist. Ein weiteres Bedenken bildet für uns das Aufgeben der dreijährigen Dienstzeit. Ohne sie hätten wir die Siege von 1866 und 1870 nicht errungen. Wir müssen Garantien dafür erhalten, daß die Qualität der Truppe künftig nicht verschlechtert wird. Unsere Bedenken werden wir fallen lassen, wenn uns die Notwendigkeit der Änderungen nachgewiesen wird. Was die Deckung der Mehrkosten betrifft, so wird unter der Brauweiter die Landwirtschaft leiden, da die großen Aktiengesellschaften den Preis der Gerste und des Hopfens drücken. Noch mehr aber wird die Branntweinstuer das durch vermehrte Rekruten-Aushebung bestraffte platt Land belasten. Man sollte lieber davon gänzlich abscheiden. Wir werden demnächst die Regierung über die Frage des Arbeitermangels auf dem Lande und die Maßregeln dagegen, sowie über die Abänderung des Unterhaltungswohnsitz-Gesetzes interpellieren und nur bewilligen, was notwendig und wirksam ist. (Beifall rechts.)

Abg. v. Komierowski (Pole) führt aus, für seine Partei sei die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt unannehmbar. Die wirtschaftliche Lage des platten Landes vertrage keine Neubelastung, namentlich sei die polnische Bevölkerung durch die Ansiedlungskommission bedrängt. In der Kommission werde die Partei der Polen nach dem Wahlspruch: *Suum cuique!* verfahren, in der Voransetzung, daß derselbe auch gegen sie zur Anwendung kommen werde.

Abg. Richter (frei.): bemerkt, der Reichskanzler habe zwischen einem freisinnigen und einem fortschrittlichen Tone des Redners unterschieden. Redner sei sich bewußt, stets so geredet zu haben, wie es die Sache erhebt. Wenn der Reichskanzler nun mehr geneigt sei, der freisinnigen Rede zu folgen, so sei Redner von seinem fortschrittlichen Standpunkt aus damit zufrieden. (Große Beifall.)

Hierauf wird die Debatte vertagt; nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Interpellation Buhl betr. die Brauchbarkeit der Infanteriewaffe; Interpellation Mirbach, betr. Doppelwährung; Militärvorlage.)

Schluss 4½ Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 11. Dez. [Die Militärvorlage im Reichstage.] An die gestrige Reichstagsverhandlung über die Militärvorlage werden in einigen Blättern Schlüsse geknüpft, die uns bisher nicht genügend begründet erscheinen. Aus der Rede des Abg. von Huene und aus den Erklärungen des Reichskanzlers wird geschlossen, daß die Militärvorlage eigentlich schon gefallen sei. Diesen Folgerungen begegnen wir aber nur in einem Theile der Presse, und im Reichstage selber wird in allen Parteien zurückhaltender gertheilt. Es ist wahr, wenn die gestrigen Reden des Zentrums-Abgeordneten und des Grafen Caprivi das letzte Wort der Situation darstellen, dann wäre der Gegensatz unüberbrückbar und nur noch die Auflösung oder der Rücktritt des Reichskanzlers stände in Frage. Zwischen dem Angebot des Herrn von Huene, die zweijährige Dienstzeit innerhalb der heutigen Präsenzstärke und ohne deren Erhöhung zu bewilligen, und der stark betonten Entgegnung des Reichskanzlers, daß die Erhöhung der Präsenzstärke die Bedingung für die Gewährung der zweijährigen Dienstzeit sei, zwischen diesen krassen Gegensätzen gibt es allerdings im Augenblick keine Vermittelung. Aber der Zentrumsredner hat nicht gesagt, daß seine Ausführungen das unbedingt äußerste Angebot seiner Partei darstellen; er hat auf die Verständigung in der Kommission verwiesen, und Graf Caprivi wird, so glaubt nicht blos das Zentrum allein, noch mit sich handeln lassen. Es gibt einen Punkt in der Hueneschen Rede, der sofort im Reichstage stark auffiel; es war das eine Schwäche, die aber auf uns und andere Beobachter den Eindruck geschickter Absichtlichkeit gemacht hat. Herr v. Huene hat nämlich die gesetzliche Fixierung der zweijährigen Dienstzeit nur für die Zeitdauer der Gestaltung des im § 1 der Vorlage bestimmten erhöhten Präsenzstandes verlangt. Da er im Namen der ganzen Partei sprach, so hat man es mit mehr als einer hingeworfenen persönlichen Bemerkung zu thun. Was soll denn das nun heißen? Bei nahe der ganze Reichstag ist einig darüber, daß die zweijährige Dienstzeit unbedingt gesetzlich garantirt werden muß, nicht bloß für jetzt, sondern für die Dauer, und ebenso einig ist alle Welt darüber, daß die Regierung am Ende auf diese Forderung auch eingehen wird. Die unmöthige Schüchternheit der Hueneschen Angebote kann also nur bedeuten, daß sich das Zentrum für die ferneren Verhandlungen hinter den Kulissen weitere Trümpfe sichern will. Das Zentrum weiß, daß es auf dem Boden der gestrigen Hueneschen Vorläufe keine Besändigungen geben wird, und daß der Reichskanzler höhere Forderungen stellen wird. Für diesen Fall will sich die Partei einen neuen Kompromißboden schaffen, derart, daß bei etwaigem Entgegenkommen gegen Regierungsforderungen, die hinter der Vorlage selbstverständlich zurückbleiben müßten, die verstärkte Konzession der unbedingten und dauernden Sicherstellung der zweijährigen Dienstzeit verlangt werden würde. Es wird in den nächsten Wochen stark hinter den Kulissen des Reichstags diplomatisirt werden. Der Schlüssel zur Lage steckt hauptsächlich in der Frage, ob das Zentrum, zum Theil auch die Konservativen, die Stellung des Grafen Caprivi für gesichert genug halten oder den Wunsch haben, sie durch eigenes Zuthun hinreichend zu sichern, um je nach dem Ergebnis ihrer Wahrnehmungen oder Wünsche ihre Stellung zur Militärvorlage zu bestimmen.

In der Hand des Zentrums und nicht in der des Reichskanzlers liegt die Entscheidung. Der Reichskanzler würde wahrscheinlich sehr weit entgegenkommen, obschon nicht ganz bis zu der vom Abg. v. Huene und, übereinstimmend, vom Abg. Richter ange deuteten Grenze. Um Zentrum sodann wird es liegen, ob über das gestrigste Angebot hinaus noch ein kleiner Zusatz gemacht wird, der die Stellung der Partei zu ihren Wählern nur oben hin berühren würde. Verweigert das Zentrum ein Mehr, dann wird es das nicht aus heroischer Prinzipienfestigkeit thun, sondern weil mit dem heutigen System radikal aufgeräumt werden soll. Das meiste Andere, so wichtig es im Einzelnen ist, erscheint neben dieser Kernfrage der militärisch-partei politischen Probleme als Beiwerk.

Die vom Bundesrathe angenommene und dem Reichstage demnächst zugehende Wuchergesetznovelle steht davon ab, den Wucher nur auf einzelnen Gebieten zu verfolgen und will alle Rechtsgeschäfte, bei welchen die Notlage gewohnheits oder gewerbsmäßig ausgebeutet wird, unter den Wucherbegriff stellen.

Der New Yorker Berichterstatter der "Hamb. Nachr." verzeichnet das ihm von gut unterrichteter Seite zugehende Gericht, daß Karl Schurz von dem zukünftigen Präsidenten Cleveland zum Gesandten der Union für Berlin ausersehen sei.

Wie nach der "Nord. Allg. Blg." verlautet, steht die Neubesetzung der seit der Ernennung des jetzigen Reichsbankpräsidenten Dr. Koch erledigten Stelle des Vizepräsidenten des Reichsbankdirektoriums binnen Kurzem bevor.

Der Berliner Stadtvorordneten-Versammlung hat nunmehr in der letzten geheimen Sitzung der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl des Bürgermeisters gemäß seinen früheren Beschlüssen als Bürgermeister den Rechtsanwalt Kirchner in Breslau in Vorschlag gebracht. Die Versammlung beschloß, die betreffende Wahl in der nächsten öffentlichen Sitzung vorzunehmen.

In einer am Sonnabend abgehaltenen antisemitischen Versammlung in Berlin wurde Ahlwardt und sein Vertheidiger Hertwig gefeiert durch den Redakteur Bachler von der "Staatsbürgerzeitung" und den Oberlehrer Dr. Förster. Der erstere hofft, Ahlwardt werde bald noch recht viele Nachfolger haben. Bei der Verlesung des Urteils gegen Ahlwardt wurde "Psalm" gerufen. Dr. Förster verbat sich dieses "Psalm"; die Obrigkeit müßte respektirt werden. Die deutschsoziale Partei sei eine Ordnungs-Partei.

Breslau, 10. Dez. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verurteilte heute die Strafkammer den Redakteur der sozialdemokratischen "Schlesischen Volkswoche", Friedrich, wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis. Die Bekleidung wurde in einem Artikel über den Diskanzritt Berlin-Wien gefunden.

Neisse, 10. Dez. Lieutenant Morgen, der Leiter des unglücklichen Gefechtschwimmers, ist zu 6 Wochen Festung verurteilt worden.

München, 11. Dez. Bei der Reichstags-Ersatzwahl Kaufbeuren-Mindelheim werden bis jetzt aus 131 Wahlbezirken gezählt: für Binth (Zentr.) 7101 Stimmen, Sigl (Genr.) 2657, Wagner (nat.-lib.) 2631 und für Bitt (Soziald.) 803 Stimmen.

## Parlamentarische Nachrichten.

Der Seniorenbund des Reichstages hat den Beginn der Weihnachtsferien auf den 16. Dezember festgesetzt, biswohn die ersten Berathungen der Militärvorlage und der Steuerverordnung erledigt sein werden.

Im Reichstage brachte Jordan (freisinnig) den Antrag ein, die Regierungen mögen eine Statistik über den Umfang und den Werth des "gebundenen" und "toter Hand" befindlichen Großgrundbesitzes, sowie über dessen Zunahme seit der Errichtung des deutschen Reiches und über die Abnahme des freien, besonders bürgerlichen Grundbesitzes in demselben Zeitraum ausarbeiten lassen und dem Reichstage mittheilen.

Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgang hat an den Reichstag eine Petition gegen die beabsichtigte Verdoppelung der Brauweiter im Gebiete der Brauergemeinschaft eingereicht.

Die Freie Vereinigung von Interessenten der Spiritus-, Branntwein- und Preßhefendustrie, Abtheilung für Hornbranntwein und Preßhefe, hat an dem Reichstag eine Petition gerichtet, die Branntweinsteuernovelle dahin zu ändern, daß das Kontingent vollkommen besetzt werde und an Stelle des jetzigen zweifachen Verbrauchsabgabensatzes von 50 und 70 Mark ein einheitlicher Verbrauchsabgabensatz von 60 Mark trete.

## Vermögens.

+ Aus der Reichshauptstadt, 11. Dez. Das feierliche Leichenbegängnis von Werner v. Siemens fand unter überaus großer Beteiligung statt. Im Auftrage des Kaisers wohnte der Minister v. Bötticher, v. Berlepsch, v. Schelling, Vertreter der Reichsbehörden und der höchsten preußischen Behörden, der Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Künste und der Universität, der technischen Hochschule, die Spitzen der Behörden Berlins und Charlottenburgs anwesend. Archidiakonus Schötz hielt die Trauerrede. Vor dem Trauerhause hatten sich 4000 Arbeiter mit umflosen Banner und Deputationen der Zillen und nahestehenden Firmen mit Musikcorps der Gardes-Artillerie, der Garde-Dragoner und der Bergarbeiterkapelle aufgestellt, welche sich dem Begrabe nach dem Friedhof anschlossen, wo die Beisezung erfolgte.

Die Jagd nach dem Glück und die Sucht, die Vergnügungen der Großstadt zu genießen, haben schon manchen ins Unglück gestürzt, der in seiner Heimat ein behagliches Leben hätte führen können. So mußte vor wenigen Tagen der am Urban wohnende Ziegelseibesitzer C., welcher erst vor einigen Monaten aus einer kleinen Stadt in der Provinz Posen mit beträchtlichem Vermögen hierher gekommen war, um an Stelle der zu Hause betriebenen Ziegelseite hier eine solche in viel größerem Maßstab zu übernehmen, wegen gefälschter Umnachtung in die Provinzial-Irrenanstalt nach Oberneudorf bei Breslau überführt werden. Da C. dem bedeutenden industriellen Unternehmen finanziell nicht gewachsen war, geriet er in immer größere Geschäftsvorluste, und diese verfehlte Spekulation nahm sich der erst am Ausgang der dreißiger Jahre stehende Mann der in seinem Heimathort, wo er wegen seiner unbegrenzten Wohlthätigkeit allgemein beliebt war, das Bild strohender Gesundheit dargeboten hatte, so zu Herzen, daß er körperlich dem Siechthum verfiel und nun als unheilbar geisteskrank der allmählichen Auflösung entgegen geht.

Ein mächtiger Fabrikbrand wütete gestern früh von 5 Uhr an auf dem von zahlreichen Tischlereien bewohnten Grundstücke Bössenerstraße 10. Das Feuer, das leider erst sehr spät entdeckt wurde, hat den Dachstuhl, den ganzen Bodenraum, die gesamte vierte Etage und einen Theil des dritten Stockes mit reichem Inhalt an Holz und Möbeln vernichtet. Sechs Robre, davon zwei von Dampfspritzen, mußten Wasser geben. Fünf Büge verblieben nach Beseitigung der Hauptgefahr zur Abräumung auf der Brandstelle.

## Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 11. Dez. Der Dechant Konezny, fürsterzbischöflicher Konfessorialrat, ist gestorben.

Wie die „Bresl. Morgenzeit.“ meldet, stießen gestern auf der Station Beuthen zwei Güterzüge zusammen. Personen wurden nicht verletzt. Die Maschine und sechs Wagen wurden beschädigt.

Wien, 10. Dez. Der Ausschuß des Abgeordnetenhauses für die Revision der Geschäftsordnung beschloß, dem Präsidium das Recht einzuräumen, nach vorhergegangenen Rügen oder Ordnungsrufen einem Abgeordneten bis zur Dauer von zehn Sitzungen das Wort zu entziehen. Die Maßregel soll mit Zustimmung eines Ehrenrats verhängt werden, welcher auf Grund der Ernennung seiner Mitglieder durch den Präsidenten neu zu schaffen wäre, um den bisher üblichen Mittäglichungsausschuß bei gegenseitigen Beleidigungen von Abgeordneten zu erlegen. Ein Antrag des Abgeordneten Graf Hohenwart, die Disziplinarwaltung des Präsidiums in dem Sinne auszudehnen, daß dasselbe einen Abgeordneten von mehreren Sitzungen ausschließen könne, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag Fuß, die Entziehung des Wortes von der Zustimmung von drei Vierteln der Mitglieder des Hauses abhängig zu machen, und das Interpellationsrecht dadurch zu erweitern, daß jede Interpellation innerhalb einer bestimmten Frist zu beantworten sei, wobei falls auf bloßes Verlangen des Interpellanten die Debatte zugelassen werden müsse.

Wien, 10. Dez. Im Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses erklärte der Finanzminister Dr. Steinbach auf eine Anregung des Abg. v. Blener zur Besteuerung der Buchmacher, die Regierung werde den Vorschlag v. Bleners erwägen und eventuell eine darauf bezügliche Vorlage einbringen.

Wien, 10. Dez. Der „Polit. Korr.“ zufolge dürfte die Veröffentlichung der Durchführungs-Verordnung zu dem Gesetz, betreffend die Stempelgebühren von ausländischen Werthpapieren in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Berl. 10. Dez. Auf allen Linien der Staatsbahnen ist heute Nachmittag der Verkehr wieder aufgenommen worden.

Petersburg, 9. Dez. Gute Vernehmung nach soll auf Rauch- und Schnupftabak, Papyros, Sigaren, Zigarretten und Patchos außer der bisherigen Steuer eine Ergänzungsteuer von fünf Kopeken per Pfund gleich zwei Rubel pro蒲d erhoben werden.

Petersburg, 10. Dez. Die „Börsenztg.“ erklärt die Gerichte, daß die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 150 Millionen Rubel zum Bau der sibirischen Eisenbahn geplant sei, mit dem Bemerkung für unbegründet, daß zum Bau dieser Bahn für das nächste Jahr nur 39 Millionen bestimmt seien und weitere Bewilligungen alljährlich nach und nach bis zum Jahre 1902 erfolgen sollten.

Kopenhagen, 10. Dez. Bei dem bereits gemeldeten Brande in der Vorstadt Friedrichsberg sind, wie sich bei den Aufräumungsarbeiten herausgestellt hat, nicht vier, sondern sechs Personen in den Flammen umgekommen.

Rom, 10. Dez. Das heutige Amtsblatt wird die Ernennung des Vizeadmirals Macchia zum Marineminister veröffentlichen.

Paris, 10. Dez. In dem heutigen Ministerrath unterzeichnete der Präsident Carnot das Dekret, durch welches der bisherige General-Prototyp Quesnay de Beaurepaire zum Kammer-Präsidenten des Kassationshofes ernannt wird. Der Ministerrath beschloß, bei der Deputirtenkammer die Bewilligung von zwei provisorischen Budgetzöpfen zu beantragen.

Paris, 10. Dez. [Deputirtenkammer.] Der Marineminister Burdeau brachte eine Vorlage ein betreffend die Bewilligung eines weiteren Kredites von 6 Millionen Francs für die Expedition nach Dahomey. — Die Kammer setzte sodann die Beuthnung der Getränkesteuer-Vorlage fort und nahm mit 293 gegen 263 Stimmen ein Amendingen an, durch welches die Vermehrung der Lizenzgebühren, die 22 Millionen ergeben sollte, abgelehnt wird. Casimir Périer beantragte die Rücküberweisung der Vorlage an die Budgetkommission, um ein Mittel als Ersatz für dieses Defizit ausfindig zu machen, obwohl dies nach seiner Ansicht unmöglich sei. Die Sitzung wurde sodann aufgegeben.

Paris, 10. Dez. Der Berichterstatter der Getränkesteuer-Kommission der Deputirtenkammer, Salis, gab in Folge der heutigen Abstimmung der Kammer über die Erhöhung der Lizenzgebühren seine Entlassung.

Paris, 11. Dez. Die Budgetkommission beschäftigte sich heute Nachmittag mit der Deckung des durch die Ablehnung der Lizenzsteuer-Erhöhung entstehenden Defizits von 20 Millionen Frs. und beschloß, die Reform der Getränkesteuer vom Budget zu trennen. Indessen wird die Kommission der Kammer eine Erhöhung der Alkoholsteuer von 156 Frs. 25 Cts. auf 256 Frs. 25 Cts. und die Wiederherstellung der Lizenzsteuer für Paris vorstellen. Diese Maßnahmen würden 20 Millionen ergeben. Der Berichterstatter der Getränkesteuer-Kommission, Salis, hat die von ihm wegen des Kammervotums eingereichte Demission zurückgenommen.

Paris, 10. Dez. Nach einer Meldung aus Beauvais ist die Leiche Reinachs heute Vormittag exhumiert worden. Der Sarg wurde, ohne geöffnet zu werden, nach der Mairie gebracht, wo die Obduktion stattfand. Neben das Ergebnis derselben verlautet, daß die Behörden festgestellt haben, daß der exhumierte Sarg tatsächlich die Leiche Reinachs enthält. Die Leiche Reinachs ist gut erhalten. Die Ärzte werden das Gehirn und die Eingeweide mit nach Paris nehmen. Das Resultat der Leichenschau wird erst in drei Wochen bekanntgegeben werden.

Paris, 10. Dez. Die Panama-Untersuchungskommission ernannte im Einvernehmen mit dem Justizminister Bourgeois eine Delegation von 7 Mitgliedern, um die Gerichtsaften in der Panama-Untersuchung entgegenzunehmen; ferner wurde eine Delegation von 4 Mitgliedern ernannt, welche der Abnahme der Siegel und der Prüfung der im Nachlaße Reinachs befindlichen Papiere beiwohnen soll.

Die Panama-Untersuchungskommission vernahm heute den Bankier Oberndörffer, welcher erklärte, er habe von der Panama-Gesellschaft etwa 3½ Millionen als Kommissionsgebühr und für seine Theilnahme an dem Garantie-Syndikat erhoben; er habe

aber niemals Panama-Obligationen an politische Persönlichkeiten eingesetzt. Der ehemalige Beamte der Dynamit-Gesellschaft Thébault sagte aus, er habe einen Check von 550 000 Francs für den ehemaligen Minister Barbe einfaßt, er wisse jedoch nicht, wofür die Checks gezahlt wurden. Die Kommission nahm Kenntnis von einem Schreiben des Ingenieur Bonaparte-Wyse, welcher lebhafte Angriffe gegen die Administration des Panama-Unternehmens richtet und erklärt, er habe sich von allen schwindelhaften Geschäftchen gänzlich fern gehalten.

Paris, 10. Dez. Die meisten republikanischen und sämtliche radikalen Morgenblätter billigen den Entschluß der Regierung, das gesammte die Panama-Angelegenheit betreffende Aktenmaterial der Untersuchungskommission mitzutheilen. Das „Journal des Debats“ und die „Estafette“ tadeln die Mittheilung. — Dem „Figaro“ zufolge hätte der Justizminister Bourgeois die Begnadigung des Direktors des „Libre Parole“ Drumont, welcher sich gegenwärtig im Gefängniß St. Pélagie befindet, beschlossen. Drumont würde heute Abend in Freiheit gesetzt werden.

Paris, 11. Dez. Das Journal „Libre Parole“ will wissen, Baron Reinach habe sich mit Uconit vergiftet; die Ärzte hätten sich bereits über die Ursachen seines Todes schlüssig gemacht. — Der „Figaro“ erklärt das Gerücht von einem mit der Panama-Angelegenheit zusammenhängenden orleanistischen Komplott für unbegründet mit dem Hinzufügen, der Graf von Paris sei äußerst entmuthigt und denke nicht entfernt an Verschwörungen.

Brüssel, 10. Dez. [Münzkonferenz.] Der französische Delegirte Tirard führte in einer längeren Rede aus, daß die Konferenz nur dann zu einer Lösung gelangen könne, wenn ein Antrag formulirt würde, der keine völligen Änderungen in dem Münzwesen der europäischen Großmächte nach sich zöge. Den Bimetallismus einfach an die Stelle des Monometallismus zu setzen, würde keine Aussicht auf Erfolg haben. Tirard hob hervor, daß, wenn die Großmächte übereintämen, ihre Länder mit einer bestimmten Menge baaren Silbergeldes für den Umlauf zu versehen, welche 20 bis 25 Francs auf den Kopf der Bevölkerung betragen könnte, sofort ein Steigen des Silbers eintreten würde, welches in Folge der größeren Tätigkeit des Wechsels für die internationalen Operationen aller Länder von Nutzen sein würde.

Madrid, 9. Dez. Der Präsident der Deputirtenkammer Bidal hat den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts abgelehnt. Sagasta wurde Abends ins Palais berufen.

Madrid, 10. Dez. Die Königin-Regentin empfing gestern Abend Sagasta zu einer Besprechung und erklärte, sie würde heute Vormittag ihre Entschließung fassen.

Madrid, 10. Dez. Das neue Kabinett ist nun mehr gebildet und wie folgt zusammengesetzt: Sagasta (Präsidium), Armijo (auswärtige Angelegenheiten), Montero (Justiz), Lopez Dominguez (Krieg), Gamazo (Finanzen), Venancio y Gonzalez (Innere), Moret (öffentliche Arbeiten), Maura (Colonien). Über die Besetzung des Marineministeriums ist noch keine Bestimmung getroffen.

Madrid, 11. Dez. Die neuen Minister werden heute Vormittag 11 Uhr den Eid leisten, die ministerielle Erklärung wird morgen in den Kammern verlesen werden. — Sämtliche Präfekten und mehrere diplomatische Vertreter Spaniens haben ihre Entlassung gegeben.

London, 10. Dez. Einer Meldung der „Daily News“ aus Odessa zufolge würde die bulgarische Regierung bei der nächsten Abschlagszahlung auf die bulgarische Schuld bei Russland der russischen Regierung gegenüber die Forderung stellen, daß Russland die von ihm während der Okkupation ausgegebenen Obligationen in Papier einlöse. Die dermalige Schuld Bulgariens an Russland würde dadurch um 4½ Mill. Rubel verringert werden. Der Korrespondent der „Daily News“ fügt als seine Ansicht hinzu, daß Russland die bulgarische Forderung ablehnen werde, weil der russisch-türkische Krieg im Interesse Bulgariens unternommen worden sei und weil der Berliner Vertrag wegen der an Russland zu zahlenden Kriegsschädigung Vorsorge treffe, den jetzt von Bulgarien erhobenen Anspruch aber nicht erwähne.

London, 10. Dez. Nach einer Meldung der „Times“ hätte Argentinien einen Goldkurs von 275 als Basis für die Werthberechnung des Papierdollars angenommen, so daß das Budget im Gleichgewicht erscheine.

London, 10. Dez. Die Wahl des konservativen Deputirten für Rochester, Davies, wurde für ungültig erklärt, weil der Wahlagent desselben eines ungezüglichen Verfahrens bei der Annahme von Stimmen schuldig befunden wurde.

Newyork, 10. Dez. Der hier aus Bremen eingelaufene Dampfer „State of Alabama“ ist in Quarantäne gestellt worden, da er Lungen aus angeblich infizierten deutschen Häfen bringt.

Newyork, 10. Dez. Ein Telegramm des „Newyork Herald“ aus Valparaíso besagt: Der Minister des Außenfern., Gracuriz, überreichte dem peruanischen Geschäftsträger einen Erlaß, durch welchen die Guanontederlagen auf den Inseln Huancillas, Puntalobos, Pabellon, Pica und Lobos de aqua an Peru überweisen werden, sowie eine Verordnung, wonach die von Chile gemäß dem Protokoll von 1890 besessenen Konzessionen an Peru übertragen werden. Peru hält den Protest gegen das französisch-chilenische Protokoll aufrecht.

Buenos-Aires, 11. Dez. Antonin Bernejo ist an Stelle Quintana zum Minister des Innern ernannt worden.

## Handel und Verkehr.

\*\* Petersburg, 10. Dez. Die Petersburger Diskontobank und die Internationale Handelsbank werden Neujahr eine Abschlagsdividende von 15 Rubel zahlen.

\*\* London, 10. Dez. [Wollauktion.] Preise unverändert.

\*\* Washington, 10. Dez. Dem Dezemberbericht des Ackerbaubureaus zufolge stellte sich der Durchschnittspreis für Baumwolle auf den Pächtereten auf 8½ Cents das Pfund gegen 7½ Cents im Jahre 1891. Der Grund dieser Preiserhöhung liegt in den kleineren Enten des laufenden Jahres. Der Durchschnittspreis für Weizen betrug auf den Pächtereten 63 Cents der Bushel; es ist dies der niedrigste Preis seit 1884. Der Durchschnittspreis für Mais betrug 39½, für Hafer 31½, für Roggen 54½, für Gerste 47½, für Buchweizen 53½, für Kartoffeln 67½ Cents, für Heu 8 Dollars 49 Cents pro Tausend Kilo. Am 1. Dezember war der Durchschnittsstand des Winterweizens 87½; der Stand ist haupt-

sächlich durch Trockenheit herabgemindert worden. Der Durchschnittsstand des Winterroggens stellte sich auf 89½.

## Märktberichte.

Bromberg, 10. Dez. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 135—145 M., feinstes über Notz. — Roggen 112—118 M. feinst über Notz. — Gerste nach Qualität 120—121 M. — Brau 180—185 M. — Erben, Futter 120—133 M. — Kocherbsen 145—160 M. — Hafer 135—142 M. — Spiritus 70er 30,50 Mrt.

\*\* Leipzig, 10. Dez. [Wollbericht.] Kammzug-Terminalhandel. La Plata, Grundmutter B. p. Dezember 3,70 M., v. Jan. 3,70 M., v. Febr. 3,72½ M., v. März 3,72½ M., v. April 3,75 M., v. Mai 3,77½ M., v. Juni 3,80 M., v. Juli 3,80 M., v. August 3,82½ M., v. September 3,85 M., v. Oktober 3,85 M., v. November — M. Umsatz 20 000 Kilogramm.

## Meteorologische Beobachtungen zu Breslau im Dezember 1892.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind. W. leicht W. leichter Zug Windstill Windstill	Wetter. trübe bedekt bedekt bedeut bedeut	Temp. f. Gef. Grad
10. Nachm. 2	753,2	SW leicht	trübe	— 6,7
10. Abends 9	753,5	SW leichter Zug	bedekt	— 6,6
11. Morgs. 7	753,2	Windstill	bedekt	— 6,1
11. Nachm. 2	752,2	Windstill	bedekt	— 3,4
11. Abends 9	751,3	SW leichter Zug	heiter	— 8,3
12. Morgs. 7	747,9	Windstill	bedekt	— 9,5
Am 10. Dez.		Wärme-Maximum	3,3° Cels.	
Am 10.		Wärme-Minimum	8,2° =	
Am 11.		Wärme-Maximum	3,2° =	
Am 11.		Wärme-Minimum	8,5° =	

## Produkten- und Börsenberichte.

### Zonds-Kurse.

Breslau, 10. Dezember. (Schlußkurse.) Unbelebt. Neu 3proz. Reichsanleihe 86 00, 3½, 4proz. B.-Bund 97,00, Konsol. Türk. 21,60, Türk. Rothe 91,25, 4proz. ung. Goldrente 96,00, Bresl. Diskontobank 96,30, Breslauer Wechselbank 96,50, Kreditaktien 165,40, Schles. Bankverein 111,50, Donnersmarckhütte 82,40, Alth. Wechselnbau —, Katowitzer Altten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 111,00, Oberschles. Eisenbahn 42,75, Obercl. Portland-Cement 68,00, Schles. Cement 113,00, Oppeln. Cement 83,75, Schl. D. Cement 113,00, Kramka 123,75, Schles. Ginstafften 186,75, Laurahütte 94,00, Verein. Delfabri. 90,50, Österreich. Banknoten 169,50, Russ. Banknoten 202,20, Giesel Cement 69,00.

Frankfurt a. M., 10. Dez. (Schlußkurse.) Fest, aber still. Lond. Wechsel 20,327, 3proz. Reichsanleihe 107,05, österr. Silberrente 82,00, 4½, 4proz. Papierrente 82 40 do. 4proz. Goldrente 98,40, 1860er Rothe 125,90, 4proz. ung. Goldrente 95,70, Italiener 92,50, 1880er Russen 97,00, 3. Orientali. 65,70, unif. Egypter 99,65, 3. Türk. 21,65, 4proz. türk. Ant. 86,60, 3proz. port. Ant. 21,40, 5proz. serb. Rente 76,20, 5proz. amort. Rumänier 96,90, 5proz. toni. Merit. 77,10, Böh. Westbahn 291,20, Böh. Nordb. 153½ Franzosen — Galizier 183½, Gotthardbahn 156,00, Lombarden 79½, Lübeck-Büchen 140,00, Nordwestbahn 178½, Kreditaktien 202½, Darmstädter 129,40, Mittelb. Kredit 96,00, Reichsb. 149,70, Dist.-Kommandit 176,40, Dresdner Bank 137,90, Pariser Wechsel 80,916, Wiener Wechsel 169,15, serbische Tabakrente 76,10, Bochum. Gask. 113,60, Dortmund. Union 50,10, Harpener Bergwerk 126,00, Düsseldorf. Union 114,80, 4proz. Spanier 64,50, Mahner 110,40

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 262½, Dist.-Kommandit 176,50, Berliner Handelsgesellschaft —

\* per comptant.

Wien, 10. Dez. Nach fester Eröffnung drückten Blattverkäufer, namentlich in Staatsbahn und Kreditaktien. Späterhin auf Berlin leicht erholt. Schluß schwankend.

Osterr. 4½, 5proz. Papier. 97,65, do. 5proz. Goldrente 116,20, 4proz. ung. Goldrente 113,55 5proz.</

rege Santos per Dezbr. 77<sup>1/2</sup>, per März 75<sup>1/2</sup>, per Mai 74, per Sept. 73<sup>1/2</sup>. Behaupt.

**Hamburg.** 10. Dez. Badermarkt. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker i. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Ussance frei an Bord Hamburg per Dezbr. 14,00, per Januar 14,05, per März 14,22<sup>1/2</sup>, per Mai 14,40. Ruhig.

**Hamburg.** 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holsteinischer loko neuer 152–156 — Roggen loko ruhig mecklenburg. loko neuer 131–135, russ. loko ruhig, transito 112–114. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rüböl (unverz.) matt, loko 52. — Spiritus loko matt, p. Dez. 22<sup>1/2</sup> Br., p. Jan.-Febr. 22<sup>1/2</sup>, p. April-Mai 22<sup>1/2</sup> Br., per Mai-Juni. — Kaffee ruhig. Umsatz — Sad. — Petroleum still, Standard, white loko 5,80 Br., per Dez. 5,25 Br. — Wetter: Frost.

**Berl.** 10. Dez. Produktenmarkt. Weizen loko fest, per Frühjahr 7,58 Gd., 7,59 Fr., per Herbst 7,68 Gd., 7,69 Br. Hafer per Frühjahr 5,55 Fr., 5,57 Br. Mais per Mai-Juni 1893 4,87 Gd., 4,88 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,70 Gd., 11,80 Br. Wetter: Kalt.

**Paris.** 10. Dez. Getreidemarkt. (Schluss.) Weizen behaupt. p. Dezember 21,30, p. Januar 21,60, p. Januar-April 21,90, p. März-Juni 22,30. — Roggen behpt., p. Dezbr. 13,60, per März-Juni 14,30. — Mehl behaupt., per Dez. 48,10, per Jan. 48,10, per Jan.-April 48,40, p. März-Juni 48,90. — Rüböl fest, p. Dez. 57,25, p. Jan.-April 58,25, p. März-Juni 59,00. — Spiritus behaupt., per Dezbr. 46,75, per Jan.-April 47,00, per Mai-August 47,00 — Wetter: Bedeckt.

**Paris.** 10. Dez. (Schluss.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 38,00 à 38,25. Weizener Zucker fest, Nr. 3, per 100 Kilogramm per Dezbr. 40,12<sup>1/2</sup>, p. Jan. 40,37<sup>1/2</sup>, per Jan.-April 40,87<sup>1/2</sup>, p. März-Juni 41,37<sup>1/2</sup>.

**Gavre.** 10. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Biegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Baisse.

Mio 8 000 Sac, Santos 17 000 Sad, Rezettes für gestern.

**Gavre.** 10. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Biegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Dez. 100,50, p. März 96,25, per Mai 94,25. Raum behaupt.

**Amsterdam.** 10. Dez. Bancazzin 56

**Amsterdam.** 10. Dez. Java-Kaffee good ordinary 56<sup>1/2</sup>.

**Amsterdam.** 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen per März 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

**Antwerpen.** 10. Dez. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raf-finities Type weit loko 12<sup>1/2</sup> bez. u. Br. per Dez. 12<sup>1/2</sup> Br., p. Jan. 18 Br., per Jan.-März 13<sup>1/2</sup> Br. Ruhig.

**Antwerpen.** 10. Dez. (Telegr. der Herren Willens und Comp.) Wolle. La Blata-Bug, Type B, per Dez. 4,50, per Mai 4,60 Käufser.

**Antwerpen.** 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen unbelebt. Roggen ruhig. Hafer fest. Gerste weichend.

**London.** 10. Dez. An der Küste 5 Weizenabduungen angeboten.

Wetter: Frost.

**London.** 10. Dez. 96 p.Ct. Javazucker loko 16<sup>1/2</sup> ruhig, Rüben-Rohzucker loko 14 fest.

**Liverpool.** 10. Dez. Baumwolle. (Ansangsbericht.) Muth-mäßlicher Umsatz 5 000 B. Ruhig. Lagesimport 29 000 B.

**Liverpool.** 10. Dez. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle, Umsatz 7 000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 Ball. Träger. Amerikaner 1/4 niedriger.

**Middl. amerikan. Lieferungen:** Dezbr.-Jan. 5<sup>1/2</sup>, Febr.-März 5<sup>1/2</sup>, April-Mai 5<sup>1/2</sup>, Juni-Juli 5<sup>1/2</sup> d. Alles Käuferpreise.

**Liverpool.** 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 5 000 B., davon für Spekulation und Export 500 Ball. Träger.

**Middl. amerikan. Lieferungen:** Dezbr.-Jan. 5<sup>1/2</sup> Werts., Jan.-Feb. 5<sup>1/2</sup>, Käuferpreis, Febr.-März 5<sup>1/2</sup> Verkäuferpreis, März-April 5<sup>1/2</sup>, Werts., April-Mai 5<sup>1/2</sup> Verkäuferpreis, Mai-Juni 5<sup>1/2</sup> Werts., Juni-Juli 5<sup>1/2</sup> Verkäuferpreis, Juli-August 5<sup>1/2</sup> d. Werts.

**Newyork.** 3. Dez. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 256 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 75 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Continent 86 000 Ballen. Vorrath 1 068 000 Ballen.

**Newyork.** 10. Dez. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 9%, do. in New-Orleans 9%. — Kaff. Petroleum Standard white in New-York 5,55, do. Standard white in Philadelphia 5,50 Gd. Röhres Petroleum in New-York 5,35, do. Pipeline Certificates, pr. Januar 54<sup>1/2</sup>. Stetig. Schmalz loko 10,00, do. Röhr. u. Brothers 10,40. Ruder (Fahr refuting Muscovado) 21<sup>1/2</sup>. Mais (New) p. Dezbr. 51<sup>1/2</sup>, p. Jan. 51<sup>1/2</sup>, p. Mai 52<sup>1/2</sup>. Rother Winterweizen loko 78<sup>1/2</sup>. Kaffee Rio Nr. 7. 16<sup>1/2</sup>. Mehl (Spring clears) 3,05. Getreidefracht 1<sup>1/2</sup>. Kupfer 12,25–12,50. Rother Weizen per pr. Dezbr. 77<sup>1/2</sup>, per Jan. 78, per Mai 82<sup>1/2</sup>. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Jan. 15,85, p. März 15,50.

Der Wert der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 11 701 263 Dollars gegen 7 006 692 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 2 232 698 Dollars gegen 1 666 197 Dollars in der Vorwoche.

**Newyork.** 10. Dez. (Ansangsbericht.) Petroleum Pipe line certificates per Jan. — Weizen per Mai 82<sup>1/2</sup>.

**Chicago.** 10. Dez. Weizen per Dezbr. 72<sup>1/2</sup>, per Mai 78<sup>1/2</sup>, Mais per Dezember 42<sup>1/2</sup>. Spec short clear 8,62. Worf per Januar 15,65.

**Newyork.** 10. Dezbr. Weizen p. Dez. 77<sup>1/2</sup> C., p. Jan. 78 C.

**Berlin.** 11. Dez. Wetter: Frost.

### Fonds- und Aktien-Börse.

**Berlin.** 10. Dez. Die heutige Börse verließ im wesentlichen in starker Haltung. Die Kurie setzte auf spekulativem Gebiet zumeist wenig verändert, aber zum Theil etwas höher ein und konnten im weiteren Verlaufe des Verkehrs sich unter ungewöhnlichen Schwankungen gut behaupten und teilweise noch etwas anziehen.

Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls ziemlich günstig, boten aber besondere geschäftliche Anregung nicht dar. — Hier entwickelte sich das Geschäft anfangs etwas lebhafter; gestaltete sich aber bald wieder sehr ruhig. — Der Kapitalmarkt wies ziemlich feste Haltung für heimische solide Anlagen auf bei mäßigem Umsatz; 3 und 4 prozentige Deutsche Reichs- und Preußische Konj. Anleihen etwas abgeschwächt. — Fremde, festen Zins tragende Papiere waren gut behauptet; Italiener, Russische Anleihen und Ungarische 4 prozentige Goldrenten fester; Rubbelnoten anziehend.

Der Privatdiskont wurde mit 2<sup>1/2</sup> Prozent notirt. — Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien nach schwacher Eröffnung in starker Haltung ruhig um; Bomberd schwach; andere Österreichische Bahnen wenig verändert; Gottscheerbahn behauptet; Schweizerische Bahnen schwach. — Inländische Eisenbahn-Aktien zum Theil etwas abgeschwächt, namentlich Lübeck-Büchen, Marienburg-Mlawka und Ostpreußische Südbahn. — Bankaktien fest; die spekulativen Devisen zu etwas anziehenden Kurien anfangs mehr gehandelt. — Industrie-Papiere ruhig und zumeist behauptet; Montanwerke fester, und zum Theil lebhafter.

### Produkten-Börse.

**Berlin.** 10. Dez. An der heutigen Börse war das Geschäft in Weizen still bei um etwa 1/2 M. niedrigeren Preisen. Von Amerika waren Offeraten von schöner Ware am Markt, welche indeß um 5 M. theurer war. In Roggen zeigte sich per Dezember anfänglich Deckungsbegehr, welcher den Preis etwas über den gestrigen Schlusswert stiegerte. Gestern ist noch eine Ladung geringer 68 pfund. bulgarischer Roggen zum Preise von 92<sup>1/2</sup> M. per Tonne auf Hamburg gehandelt worden, und da außerdem noch sehr reichliches Angebot von besserer bulgarischer Ware zu ca. 101 M. heute am Markt war, verlaute die Tendenz, und der Preis ging reichlich 2 M. unter den gestrigen Schlusswert zurück. Der Frühjahrstermin setzte 8% M. niedriger ein und gab bei schwacher Tendenz ferner etwas nach. Hafer verlor bei reichlicherem

Angebot und in Folge der schwachen Haltung des Effektivmarktes circa 1<sup>1/2</sup> Mark. Roggen mehl still und billiger. Rüböl bei geringen Umsätzen unverändert. Die Loko-Zufuhr von Spiritus war zu unveränderten Preisen schwer zu plazieren. Termine gaben unter dem Druck des starken Angebots von Loko-ware ca. 30 Pf. nach.

**Weizen** (mit Ausschluß von Raubweizen) per 100 Kilogr. Loko ruhig. Termine still. Gefündigt 100 Tonnen. Kündigungspreis 153,5 R. Loko 145–157 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 150 M. gelber märl. 151 ab Bahn bez. per diesen Monat —, per Dez.-Jan. —, per April-Mai 155,75–155–155,25 bez., per Mai-Juni —, per Junit-Juli 158,5–158,25 bez.

Roggen per 1000 Kilogr. Loko schwerfälliger Handel. Termine schwächen niedriger. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 125–136 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 132 M. Inländischer guter 133–134 M. per diesen Monat 133,75–137–134,5 bis 135 bez., per Dez.-Jan. —, per Jan.-Febr. 1893 —, per März-April —, per April-Mai 136,75–137–135,75–136,25 bez., per Mai-Juni 137,75–136,75–137 bez., per Junit-Juli 138,75–137,75 bis 138 bez.

Gerste per 1000 Kilogr. Viel offerirt. Große und kleine 135–165. Futtergerste 115–135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogr. Loko unverändert. Termine: niedriger. Gefündigt 250 Tonnen Kündigungspreis 142% R. Loko 139–160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 141 M. Bomm. und preußischer mittel bis guter 140–144 M. bez., feiner 145–149 bez., schlechter mittel bis guter 140–144 bez., feiner 145 bis 150 bez., bei diesen Monat 143,5–142 bez., per Dez.-Januar —, per April-Mai 139,5–139 bez., per Mai-Juni 141–140,5 bez., per Junit-Juli 143–142 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko unverändert. Termine still. Gef. — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 121–130 M. nach Qual. per diesen Monat 119,5 M. per Dez.-Jan. —, per April-Mai 112 M. per Junit-Juli 112 bez.

Erbse p. 1000 Kilogr. Kochware 160–205 M. Hochfeine Vittoria bis 240 M. Futterware 188–186 M. nach Qualität. Roggen mehl M. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sad.

Termine niedriger. Gefünd. — Sad. Kündigungspreis — M. per diesen Monat 17,85–17,7–17,75 bez., per Dez.-Jan. —, per Jan.-Febr. 1893 —, per Febr.-März —, per April-Mai 18 bis 17,85 bez.

Rüböl per 100 Kilogr. mit Fak. Still. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Loko mit Fak. — ohne Fak. —, per diesen Monat — M. per April-Mai 50,5 M.

Petroleum ohne Handel.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sad. per diesen Monat 18,75 Pf. — Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sad. per diesen Monat 9,90 bez.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sad. per diesen Monat 18,75 Pf.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fak. 52–51,6 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fak. 32,5–32,2 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Weichend. Gefündigt 50 000 Liter Kündigungspreis 31,6 M. Loko mit Fak. —, per diesen Monat und per Dezbr.-Jan. 31,7–31,4 bez., per Jan.-Febr. 1893 31,9 31,6 bez., per März-April —, per April-Mai 33,2–33,3–32,8–32,9 bez., per Mai-Juni 33,5–33,6–33,3 bez., per Junit-Juli 34,1–33,8 bez., per Junit-August 34,5 bis 34,2 bez., per August-Sept. 34,9–34,6 bez.

Weizenmehl M. 00 22–20 bez., M. 0 19,75–17,00 bez. keine Marken über Notti bezahlt.

Roggenmehl M. 0 u. 1 18,75–18,00 bez., M. 0 1,5 M. höher als M. 0 n. R. 0 1 100 Kilogr. b. incl. Sad.

Frust. Zucker 0 96,00 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Weichend. Gefündigt 50 000 Liter Kündigungspreis 31,6 M. Loko mit Fak. —, per diesen Monat und per Dezbr.-Jan. 31,7–31,4 bez., per Jan.-Febr. 1893 31,9 31,6 bez., per März-April —, per April-Mai 33,2–33,3–32,8–32,9 bez., per Mai-Juni 33,5–33,6–33,3 bez., per Junit-Juli 34,1–33,8 bez., per Junit-August 34,5 bis 34,2 bez., per August-Sept. 34,9–34,6 bez.

Weizenmehl M. 00 22–20 bez., M. 0 19,75–17,00 bez. keine Marken über Notti bezahlt.

Roggenmehl M. 0 u. 1 18,00–17,25 bez., do. keine Marken

M. 0 u. 1 18,75–18,00 bez., M. 0 1,5 M. höher als M. 0 n. R. 0 1 100 Kilogr. b. incl. Sad.

Bauges. Humb... 6 130,50 G.

Moabit ..... 8 131,00 G.

Passage ..... 3½ 63,00 G.

U. d. Linden ..... 0

Berl. Elekt.-W. .... 9 139,75 G.

Berl. Lagerhof ..... 0 79,00 G.

Prs. Hyp.-Vers.-Cert. 4½ 102,00 G.

do. do. do. 3½ 95,80 G.

Schles.B.Cr.(rz.100) 4 94,80 G.

&lt;p